

Stand: 20.04.2026 06:35:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23845

"Cannabislegalisierung stoppen - Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23845 vom 26.07.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/25366 des GP vom 29.11.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 06.12.2022
4. Beschluss des Plenums 18/25777 vom 14.12.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 14.12.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Cannabislegalisierung stoppen – Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
 - a) auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass eine lizenzierte Abgabe von Cannabis und Cannabisprodukten nicht gesetzlich erlaubt wird,
 - b) sofern sich die Verabschiedung eines solchen Bundesgesetzes nicht verhindern lässt, insbesondere darauf hinzuwirken, dass aufgrund der Jugendgefährdung ein umfassendes Werbeverbot gesetzlich verankert wird,
 - c) darauf hinzuwirken, dass die geltenden verkehrsrechtlichen Vorschriften erhalten werden.
2. Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, im Rahmen der Landeszuständigkeit, sofern sich die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes nicht verhindern lässt, weitere Maßnahmen insbesondere zum Schutz von Kindern und Jugendlichen zu ergreifen. So soll gesetzlich normiert werden, dass der Konsum von Cannabisprodukten ausschließlich in privaten Räumlichkeiten erlaubt ist. Außerdem ist zu gewährleisten, dass Geschäfte zur Cannabisabgabe weit abseits von Einrichtungen liegen, in denen sich hauptsächlich oder überwiegend Kinder und Jugendliche aufhalten (Schulen, Sportgelände etc.), sowie nur nach strenger Einzelfallregelung lizenziert werden.
3. Zum Schutz der Kinder und Jugendlichen wird die Staatsregierung darüber hinaus aufgefordert, sofern sich die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes nicht verhindern lässt, im Rahmen der schulischen Ausbildung sowie im Rahmen staatlich geförderter außerschulischer Vereinstätigkeiten (wie der Jugendfeuerwehr etc.) Programme zur Suchtprävention wie „Ich bleibe clean“ zu verstärken. Staatliche Zuschüsse sind von einer verpflichtenden Zusammenarbeit mit den für Suchtprävention zuständigen Stellen abhängig zu machen. Die Staatsregierung wird aufgefordert, die dafür notwendigen (verordnungs-)rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen bzw. als Gesetzentwurf auszuarbeiten und dem Landtag zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Die geplante Legalisierung von Cannabis und Cannabisprodukten durch die amtierende Bundesregierung stellt eine schwere Gefährdung der Volksgesundheit, der Inneren Sicherheit sowie des Jugendschutzes dar. Im Rahmen des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) und anderer Vorschriften stellt der Gesetzgeber Konsum, Besitz und Weitergabe von Cannabis als „nicht verkehrsfähige“ Substanz (gem. Anlage I BtMG) bislang zu Recht und aus gewichtigen Gründen unter Strafe. Mit der Wahl von Olaf Scholz zum

Bundeskanzler am 08.12.2021 hat sich die Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, den Konsum von Cannabis gesetzlich zu legalisieren. Im Abschnitt „IV. Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt“ des Koalitionsvertrags heißt es zur zukünftigen Drogenpolitik der Bundesregierung:

„Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet. Das Gesetz evaluieren wir nach vier Jahren auf gesellschaftliche Auswirkungen.“¹

Die gesetzgeberische Absicht, den Besitz und Konsum sowie die Weitergabe von Cannabis und Cannabisprodukten jenseits (der eng auszulegenden) Zwecke der Anlage III BtMG, also „zu medizinischen Zwecken unter staatlicher Kontrolle“², zu legalisieren, konterkariert nicht nur sämtliche suchtpreventiven Zielsetzungen und Maßnahmen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Es gefährdet nachweislich die Gesundheit eines erheblichen Teils der Bevölkerung mit geradezu grotesken, negativen Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.

Nach der Legalisierung von Cannabis in Kanada zeigt sich insbesondere, dass der illegale Markt weiterbesteht³, dass gesundheitliche Probleme wie Herzinfarkte drastisch ansteigen⁴, dass sich der Einsatz von Notärzten wegen Cannabisintoxikationen vervielfacht⁵, dass sich die Zahl der Verkehrsunfälle verdoppelt⁶ und auch die Vergiftung von Kindern erheblich zugenommen hat⁷. Entsprechende Entwicklungen sind auch in Deutschland zu erwarten; eine Evaluation, wie sie die Bundesregierung nach vier Jahren plant, ist mit Blick auf die kriminalistisch und medizinisch sorgsam erforschte Sachlage in Kanada vollkommen unnötig: Deren Ergebnisse lassen sich schon jetzt präzise antizipieren, zumal auch deutsche Studien die gesundheitlichen Risiken stets bestätigen.⁸

Unter Suchtexperten ist ferner klar, dass der Konsum von Cannabis während der Schwangerschaft eine ernstzunehmende Gefahr für das ungeborene Kind im Mutterleib darstellt. Laut einer Studie der Universität Adelaide aus dem Jahr 2016 erhöht der Cannabiskonsum während der Schwangerschaft die Wahrscheinlichkeit einer Frühgeburt um das Fünffache⁹. Aber auch nach der Geburt des Kindes ist der Einfluss des Rauschgiftes auf die Entwicklung des Kindes verheerend. Die Universität von Maryland fand 2021 heraus, dass der maternale Konsum des Giftes in Verbindung mit erhöhter Konzentration von Cortisol, Angststörungen, Aggression und Hyperaktivität bei Kindern steht¹⁰.

Auch der jüngste Jahresbericht zum Drogenkonsum des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) warnt nach umfassenden Erhebungen vor den Folgen des Cannabiskonsums: Durch den Anstieg von Suiziden und anderen Erkrankungen in Zusammenhang mit dem Konsum von Cannabis wird das gesamte Gesundheitswesen gefährdet.¹¹

¹ <https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>, S. 87 (letzter Zugriff am 02.03.2022)

² vgl. Urteil des Sozialgerichts Karlsruhe vom 27.01.2022; Az. S 15 KR 2520/20

³ <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/cannabis-legalisierung-von-kanada-lernen> (letzter Zugriff am 02.06.2022)

⁴ <https://de.finance.yahoo.com/news/studie-cannabis-konsumenten-haben-fast-090000015.html> (letzter Zugriff am 02.03.2022)

⁵ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/131692/Kanada-Notfaelle-wegen-Cannabis-haben-sich-verfuenffacht> (letzter Zugriff am 02.03.2022)

⁶ <https://deutsch.medscape.com/artikelansicht/4910798> (letzter Zugriff am 02.03.2022)

⁷ <https://www.mdr.de/wissen/kanada-anstieg-von-cannabisvergiftungen-bei-kindern-seit-legalisierung-100.html> (letzter Zugriff am 02.03.2022)

⁸ https://www.t-online.de/gesundheit/id_91578742/studie-deutlich-mehr-behandlungsfaele-in-folge-von-cannabiskonsum.html (letzter Zugriff am 02.06.2022)

⁹ <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/27142189> (letzter Zugriff am 02.06.2022).

¹⁰ <https://www.pnas.org/content/118/47/e2106115118> (letzter Zugriff am 02.06.2022)

¹¹ <https://www.unodc.org/unodc/en/data-and-analysis/world-drug-report-2022.html> (letzter Zugriff: 28.06.2022)

Aus all diesen Erwägungen ist eine grundsätzliche Freigabe psychotroper Substanzen einschließlich Cannabis zu anderen als medizinischen Zwecken auch durch völkerrechtliche Verträge und EU-rechtliche Vorgaben untersagt¹²; die bisherigen nationalen Regelungen des BtMG (mit Nebengesetzen) tragen den bestehenden Risiken ebenfalls Rechnung. Die Legalisierungsabsicht der Bundesregierung stellt dagegen eine unmittelbare Gefährdung erheblicher Schutzgüter dar. Die gesetzlichen Beschränkungen und Verbote zu Genusszwecken abzuschaffen, ist mithin unverantwortlich!

Zum Schutz der Bürger im Sinne eines wirkungsvollen Gesundheitsschutzes soll die Staatsregierung daher aufgefordert werden, sofern sich die Verabschiedung eines entsprechenden Bundesgesetzes nicht verhindern lässt, für ein umfassendes Werbeverbot durch eine entsprechende Bundesratsinitiative einzutreten. Dies dient dem Kinder- und Jugendschutz in präventiver Hinsicht, soll aber gleichermaßen unterstreichen, dass der Erwerb und der Konsum von Cannabisprodukten keinesfalls sozialadäquat ist. Darüber hinaus muss zwingend verhindert werden, dass die bisher geltenden verkehrsrechtlichen Vorschriften aufgeweicht oder gar abgeschafft werden.

Im Rahmen der Länderzuständigkeit hat die Staatsregierung darüber hinaus eigenständige Maßnahmen zu ergreifen, die einen größtmöglichen Schutz der Bürger gewährleisten sollen. Hierzu ist insbesondere das Gesetz zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz – GSG) so abzuändern, dass der Konsum sämtlicher cannabishaltiger Produkte nur in privaten Räumlichkeiten erlaubt ist. Außerdem sind suchtpreventive Maßnahmen so zu verstärken, dass Kindern und Jugendlichen möglichst frühzeitig die erheblichen gesundheitlichen Gefahren und gesellschaftsschädigenden Auswirkungen des Cannabiskonsums vor Augen geführt werden. Dabei sind schulische Ausbildung und staatlich geförderte außerschulische Vereinstätigkeit besonders zu berücksichtigen und die weitere staatliche Unterstützung mit einer Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit den für Suchtpräventionen zuständigen Stellen in Bayern zu verknüpfen.

¹² vgl.: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/cannabis-legalisierung-ampel-voelkerrecht-un-abkommen-europarecht-eugh-drogen/> (letzter Zugriff: 28.06.2022)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw
u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/23845

Cannabislegalisierung stoppen – Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Andreas Winhart**
Mitberichterstatter: **Andreas Lorenz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 11. Oktober 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 9. November 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 10. November 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 29. November 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Jetzt muss ich die Voten der fraktionslosen Abgeordneten abfragen. Wer ist dafür? – Wer enthält sich? – Das sind Herr Bayerbach, Herr Klingen und Herr Plenk. Herr Swoboda? – Herr Swoboda: Ablehnung. Ist Herr Kollege Sauter noch da?

(Zuruf: Ja!)

– Ich sehe aber das Abstimmungsverhalten nicht. Herr Schöffel, ich sehe das Abstimmungsverhalten nicht. Herr Kollege Sauter? – Zustimmung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
 Für mehr Chancengerechtigkeit am Übergang Schule-Beruf – dauerhafte Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern
 Drs. 18/23572, 18/25402 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
 Cannabislegalisierung stoppen – Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!
 Drs. 18/23845, 18/25366 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Kulturbetrieb in der Energiekrise unterstützen
Drs. 18/24071, 18/25351 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD) Kooperation mit Tschechien bei der Endlagersuche
Drs. 18/24115, 18/25306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie I: Umwelt & Klima
Drs. 18/24140, 18/25350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie II: Soziale Nachhaltigkeit
Drs. 18/24141, 18/25157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie III:
Ökonomische Nachhaltigkeit
Drs. 18/24142, 18/25098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie IV:
Bildung für Nachhaltige Entwicklung
Drs. 18/24143, 18/25156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie V:
Kommunikation stärken und Bürgerinnen und Bürger beteiligen
Drs. 18/24144, 18/25129 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

10. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Bewährte Besucherlenkung im Nationalpark Berchtesgaden fortsetzen
Drs. 18/24145, 18/25349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
sofort einleiten!
Drs. 18/24147, 18/25352 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Digitalbonus für soziale Dienstleister
Drs. 18/24243, 18/25342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Krisennummer 117 für psychische Krisen
Drs. 18/24254, 18/25367 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

14. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Raubkunst und Provenienzforschung in Bayern und Deutschland
Drs. 18/24255, 18/25353 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehren aus Corona: Bericht über Kulturförderung und Kulturpolitik in Bayern
Drs. 18/24256, 18/25354 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unser Wald: Schützen und Nutzen muss die Maxime bleiben
Drs. 18/24257, 18/25340 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheits- und Pflegebereich
Drs. 18/24265, 18/25369 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Antragsportal für Förderungen durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Drs. 18/24266, 18/25355 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bäuerliche Tierhaltung bewahren – Keine Ausweitung der Auflagen durch eine Novelle der Industrieemissionsrichtlinie der EU
Drs. 18/24267, 18/25341 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Abschluss von Arbeitsverträgen für (Hilfs-)Lehrkräfte vereinfachen und beschleunigen
Drs. 18/24270, 18/25303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Berichts Antrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Bayern
Drs. 18/24290, 18/25158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energetische Nutzung von Holzbiomasse
Drs. 18/24291, 18/25300 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Digitalkonzept für Schulen erstellen
Drs. 18/24319, 18/25390 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Sonderparkausweis für Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/24324, 18/25159 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben! Klimapolitische
Rechtsvorschriften revidieren, Energiesteuern senken!
Drs. 18/24338, 18/25301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote zum Schutz
vor sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen
Drs. 18/24340, 18/25378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

33. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Eissport in Bayern weiterhin ermöglichen –
Kommunen und Eissportvereine unterstützen
Drs. 18/24439, 18/25297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Sportvereine und ihre Mitglieder bei den Energiekosten entlasten II –
Kommunen durch gezielte Unterstützungsprogramme
von Energiekosten entlasten
Drs. 18/24440, 18/25298 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Sportvereine und ihre Mitglieder bei den Energiekosten entlasten I –
Vereine mit eigenen Sporthallen und/oder anderen Sportstätten durch
gezielte Unterstützungsprogramme von Energiekosten entlasten
Drs. 18/24441, 18/25299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft erfolgreicher Projekte der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen
Drs. 18/24523, 18/25358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Schließung der Notaufnahme in der Kreisklinik Berchtesgaden konsequent verhindern
Drs. 18/24579, 18/25373 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

42. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
DRG-System: Warum müssen Kliniken Gewinne machen?
Drs. 18/24580, 18/25365 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

43. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Kein unsinniges „Frieren für den Frieden“ in bayerischen Schulen
Drs. 18/24610, 18/25395 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Zusätzliche Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern
in jedem Regierungsbezirk des Freistaates Bayern einrichten
Drs. 18/24660, 18/25396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganztagesanspruch jetzt zielgerichtet vorbereiten:
Schulversuch „Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“
verstetigen und landesweit bewerben
Drs. 18/24662, 18/25397 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw, Christoph Maier, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/23845, 18/25366

Cannabislegalisierung stoppen – Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Richard Graupner

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Andreas Lorenz

Abg. Kerstin Celina

Abg. Susann Enders

Abg. Martin Hagen

Abg. Margit Wild

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Bernhard Seidenath

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw u.

a. und Fraktion (AfD)

Cannabislegalisierung stoppen - Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten! (Drs. 18/23845)

Für diesen Tagesordnungspunkt ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile dem Abgeordneten Richard Graupner von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle wissen: Der Gesetzgeber stellt den Besitz von Cannabis als nicht verkehrsfähige Substanz unter Strafe – und das zu Recht und aus gewichtigen Gründen.

Wir wissen aber auch, dass sich die Ampel-Regierung in ihrem Koalitionsvertrag auf eine gesetzliche Legalisierung verständigt hat. Wir von der AfD halten einen solchen Schritt für rechtlich fragwürdig und gesundheits- sowie sicherheitspolitisch untragbar.

Grundsätzlich ist eine Cannabislegalisierung schon nicht mit EU- und Völkerrecht vereinbar.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist lächerlich!)

Aber auch als politisches Signal ist die geplante Freigabe nicht tragbar. Sie stellt eine schwere, dreifache Gefährdung dar: eine Gefährdung der Volksgesundheit, eine Gefährdung der inneren Sicherheit sowie eine Gefährdung des Jugendschutzes. Wenn ausgerechnet der Corona-Hysteriker Lauterbach die Legalisierungspläne auch noch

mit einem angeblich besseren Schutz unserer Kinder und Jugendlichen begründet, dann ist das eine bodenlose Dreistigkeit.

(Beifall bei der AfD)

Genauso wenig, wie Sie legalen Alkohol von Jugendlichen fernhalten können, können Sie legales Cannabis von Kindern fernhalten. Er stellt damit die Verhältnisse geradewegs auf den Kopf. Denn wie sehen die Fakten aus? – Cannabis ist unter Jugendlichen und Erwachsenen die beliebteste illegale Droge in Deutschland. 10 % der Unter-18-Jährigen haben schon mal Cannabis konsumiert. Diese Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Es gibt inzwischen einige belastbare Studien kanadischen und auch europäischen Ursprungs, welche die Folgen des Cannabiskonsums auf Physis und auch Psyche von Jugendlichen und jungen Erwachsenen untersucht haben. Die kommen zu eindeutigen, teils erschreckenden Ergebnissen: Cannabiskonsum kann gerade bei Jugendlichen schwere Psychosen auslösen. Auch die Wahrscheinlichkeit, an einer Depression, Angststörung oder bipolaren Störung zu erkranken, ist bei regelmäßig hohem Cannabiskonsum im Jugendalter höher.

Zusammengefasst kann man sagen: Je häufiger der Konsum und je jünger die Kiffer, desto größer ist das Risiko. Ganz wichtig dabei: Das Frontalhirn ist erst mit Mitte 20 voll ausgereift. Das heißt, auch 18-, 19- oder 20-jährige Kiffer können ihr Gehirn noch nachhaltig schädigen.

Aber nicht nur Jugendliche, sondern auch Erwachsene gehen ein erhebliches Risiko ein. Experten schätzen, dass weltweit etwa 10 % der Cannabiskonsumenten süchtig sind. Auch ein moderater Konsum erhöht bereits das Herzinfarktrisiko und beeinträchtigt die Lungenfunktion.

Der jüngste UN-Jahresbericht zum Drogenkonsum warnt sogar, durch den Konsum von Cannabis werde das gesamte Gesundheitswesen gefährdet. In Kanada hat sich der Einsatz von Notärzten wegen Cannabisvergiftungen verfünffacht.

Was den Sicherheitsaspekt anbelangt, zeigen ebenfalls die Erfahrungen aus Kanada, dass der illegale Markt weiterbesteht und dass sich zum Beispiel die Zahl der Verkehrsunfälle unter Cannabiseinfluss seit der Legalisierung verdoppelt hat.

Wir fordern deshalb mit unserem Antrag, dass sich die Staatsregierung dafür einsetzt, die bisher geltenden rechtlichen Vorschriften beizubehalten.

Zudem: Wenn schon eine Legalisierung, dann braucht es ein umfassendes Werbeverbot sowie eine weitere Verstärkung suchtpreventiver Maßnahmen.

Im Innenausschuss haben die Kollegen der CSU den Antrag mit der Begründung abgelehnt, seitens der Staatsregierung werde schon viel in die Prävention investiert. – Da stimmen wir grundsätzlich zu. Das ist richtig. Das ist auch gut so. Aber kann man denn im Umkehrschluss davon ausgehen, dass die Staatsregierung bezüglich aller Dringlichkeitsanträge, welche die CSU-Fraktion stellt, zu wenig Einsatz zeigt? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Immerhin wird die Staatsregierung auch von Ihnen regelmäßig zum Handeln im Sinne des jeweiligen Antrages aufgefordert.

Nein, bei einer so gefährlichen Droge kann es gar nicht zu viel Prävention geben. Heute erst hat der BR darüber berichtet, dass die Gesellschaft für Psychiatrie genau das moniert hat: Es gibt zu wenig Beratungsstellen in Bayern. Da müssen wir weiter ansetzen. Auf jeden Fall darf sich der Staat nicht zum Dealer degradieren lassen. Springen Sie über Ihren Schatten – das ist alles in unserem gemeinsamen Sinn –, und stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Jetzt kommt der Kollege Lorenz, CSU-Fraktion. Bitte schön.

Andreas Lorenz (CSU): Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kollegen! Die Bundstagswahl ist jetzt, glaube ich, knapp 15 Monate her, die Bildung der neuen Regierung ein gutes Jahr. Es ist daher etwas verwunderlich, dass die Ampel-Regierung, die bei vielen Themen nicht einer Meinung ist – da spreche ich jetzt von Energie und anderem –, bei einem Thema, bei dem sie sich absolut einig ist, trotzdem bisher keinen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Trotz völliger inhaltlicher Übereinstimmung der drei Ampel-Parteien ist es ihnen nach 12 respektive 15 Monaten immer noch nicht gelungen oder möglich gewesen, zu diesem Thema einen entsprechenden Antrag vorzulegen. Das zeigt, dass das offensichtlich rechtlich gar nicht so leicht möglich ist.

(Tim Pargent (GRÜNE): Gründlichkeit vor Schnelligkeit!)

Der Vorredner hat darauf verwiesen, dass beispielsweise das EU-Recht dem entgegensteht, ebenso entsprechende Vereinbarungen, die seitens der UN getroffen wurden. Es ist offenbar gar nicht so ohne Weiteres möglich, das zu machen. Sonst hätten Sie es längst gemacht. – So viel als allgemeine Vorrede zum Cannabisprojekt der Ampel-Regierung.

Jetzt zum konkreten Antrag der AfD: Ihr Antrag gliedert sich letztendlich in drei Teile. Der erste Punkt: Sie fordern die Staatsregierung auf, sich dafür einzusetzen, eine lizenzierte Abgabe von Cannabis nicht zu erlauben.

Der zweite Punkt: Für den Fall, dass die Legalisierung auf Bundesebene ermöglicht wird, sollen im Rahmen der Landesgesetzgebung weitere Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sichergestellt werden, zum Beispiel der Konsum nur in privaten Räumen zulässig sein.

Der dritte Punkt: Staatliche Programme zur Suchtprävention, insbesondere im Rahmen der schulischen Ausbildung, sind zu verstärken.

Ich gehe jetzt Ihren Antrag Punkt für Punkt durch. – Der erste Punkt: Die Staatsregierung oder die sie tragenden Parteien werden aufgefordert, sich politisch zu positionie-

ren. – Es gibt doch kein einziges politisches Thema – ich glaube, das würden auch die Kollegen von den Ampel-Fraktionen nicht behaupten –, wo sich die Staatsregierung und die die Staatsregierung tragenden Parteien, zum Beispiel die CSU, so eindeutig und inhaltlich positioniert haben wie bei der Cannabislegalisierung. Wir haben das eindeutig abgelehnt. Wir lehnen da jegliche Orientierung an gesellschaftlichen Trends ab. Wir sind der Meinung, dass das ein Suchtmittel ist. Da möchten wir die rechtlichen Schutzwälle nicht aufbrechen. Wir möchten auch alles dafür tun, dass die Gesundheit und der Schutz des Lebens gewährleistet werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sehen bei der Legalisierung von Cannabis ganz eindeutig die gesellschaftlichen Risiken und sind uns dessen voll bewusst. Die bayerische Suchtpolitik besteht ganz klar aus drei Säulen: Das sind Prävention, Repression und Hilfe. Was diese ablehnende Haltung Bayerns angeht, haben wir in den letzten Jahren oder in den letzten Jahrzehnten keinen Spielraum für Interpretation gelassen. Insofern ist der Punkt eins Ihres Antrags aus unserer Sicht vollumfänglich erledigt.

Punkt zwei mit der Aufforderung, landesgesetzgeberisch tätig zu werden. – Ihr Anliegen ist schlicht juristisch nicht umsetzbar bei der Form, in der das Gesetz vermutlich kommen wird. Ich sage das etwas hypothetisch, weil wir noch keinen konkreten Gesetzentwurf vorliegen haben. Aber es ist doch zu erwarten, dass die Ampel-Fraktionen da einen vollumfänglichen Gesetzentwurf vorstellen. Wenn das so ist, dass der Bund das vollumfänglich geregelt hat, dann ist es nach den verfassungsrechtlichen Vorgaben – ich könnte jetzt zur konkurrierenden Gesetzgebung ausführen – schlichtweg nicht mehr möglich, dass das Land Bayern dazu noch andere Regelungen verfasst. Es darf sich nicht mal dazu äußern oder irgendwas bekräftigen. Wenn das abschließend geregelt ist, dann können wir nichts machen.

Sollte das nicht abschließend geregelt sein, dann kann ich Ihnen versichern, dass wir mit Sicherheit sämtliche Möglichkeiten suchen und auch finden werden, da eine er-

gänzende bayerische Regelung zu erlassen und den von Ihnen und uns gewünschten Effekt, nämlich möglichst eine Cannabislegalisierung zu verhindern oder sie, so weit es geht, einzudämmen, veranlassen werden. Wenn das möglich sein sollte, sage ich jetzt mal im Konjunktiv, dann werden wir genau das, was Sie fordern, auch machen.

Der Punkt drei: Sie fordern weitere Maßnahmen zur Suchtprävention. – Ich darf darauf verweisen, was da alles gemacht wird. Beispielsweise gibt es das Angebot "Cannabis – quo vadis?" an bayerischen Schulen. Es gibt das Projekt "MOVE" zur Beobachtung eines riskanten Konsumverhaltens. Es gibt die Initiative "ELTERNTALK" als niedrigschwelligen Ansatz. Und es gibt das Projekt "Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten", das sich an Jugendliche und junge Erwachsene richtet. Die Fachexperten aus den jeweiligen Bereichen könnten da noch wesentlich mehr aufzählen.

Ich fasse jetzt also einmal zusammen: Zwei der drei geforderten Punkte machen wir. Der dritte Punkt ist mutmaßlich oder höchstwahrscheinlich aus juristischen Gründen einfach nicht möglich; ihm kann man also aus formalen Gründen nicht nachgeben. Ich komme zum Schluss: Insofern müssen wir diesen Antrag der AfD ablehnen. Ich bitte um Ablehnung dieses Antrags.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Kerstin Celina von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Statt Weihnachtsfrieden gibt es unnötige Anträge der AfD-Landtagsfraktion im Plenum, die schon im Ausschuss abgelehnt worden sind. Zu Beginn sollten Sie vielleicht Folgendes wissen: Der Konsum von Cannabis ist nicht strafbar.

Die bayerische Politik ist gescheitert, die die Menschen, die Cannabis verantwortungsvoll konsumieren, durch massive Strafverfolgung kriminalisiert. Die bayerische Polizei

und die Gerichte könnten sich viele Arbeitsstunden sparen, wenn die gescheiterte Drogenpolitik in Bayern endlich ein Ende hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern geht besonders hart gegen Kleinkonsumenten und -konsumentinnen von Cannabis vor. Wenn es um Marihuana geht, dann ist Wallung angesagt. Die Polizei muss verfolgen, die Justiz wird mit Verfahren beschäftigt, die nichts und absolut gar nichts bringen. Selbst Kleinkonsumenten und Minianbauer, die ihr eigenes Gras anpflanzen, werden hier in Bayern massiv verfolgt.

(Ulrich Singer (AfD): Weil sie es nicht dürfen!)

Wenn zum Beispiel mit einem teuren DNA-Gutachten bewiesen werden muss, dass ein junger Mann mindestens einmal an einem herumgereichten Joint gezogen hat, damit er vor Gericht landet, dann zeigt das die strukturelle Überreaktion in Bayern. Das ist dann das Ergebnis der komplett gescheiterten CSU-Drogenpolitik, an die Sie von der AfD sich mit Ihrem Antrag anbieten.

(Franz Bergmüller (AfD): Anbiedern, hey, hey!)

Sie wollen mit Ihrem Antrag eine sinnvolle und wichtige Änderung in der Drogenpolitik verhindern. Sie wollen die CSU auf ihrem Dauerirrweg unterstützen, und am Ende werden Sie beide – die AfD und die CSU – Verlierer sein; denn die Prohibition von Cannabis ist ebenso gescheitert wie einst das Alkoholverbot in den USA.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Die Bundesregierung geht zum Glück einen anderen Weg, einen neuen Weg,

(Petra Guttenberger (CSU): Skandalös!)

den viele unterstützen. Der Weg, den die Bundesregierung beschreiten wird, hat übrigens nicht viel mit dem gemein, was Sie in Ihrem Antrag beschreiben. Im Koalitions-

vertrag steht, dass wir die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften einführen. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und der Jugendschutz gewährleistet. Es geht also um die kontrollierte Abgabe von zertifiziertem, sauberem und nicht gesundheitsschädlichem Cannabis nur an Erwachsene.

(Unruhe)

Es geht um die Reduzierung des blühenden Schwarzmarkthandels, und es geht darum, dass erwachsene Menschen einen Joint rauchen können, wenn sie das lieber tun, als Bier oder Wein zu trinken.

(Zuruf von der CSU: Oh!)

Während das kollektive Besäufnis in Bayern legal ist und regelmäßig öffentlich zelebriert und beworben wird, wird das gelegentliche Rauchen von Cannabis massiv verfolgt. Das ist absurd. Sie von der AfD haben sich offensichtlich noch nie mit den Zahlen und Fakten zu diesem Thema beschäftigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen hier etwas Nachhilfe, auch für die Vertreter der CSU-Fraktion: In der Altersgruppe von 18 bis 64 Jahren haben knapp 6 % der Menschen in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert; das sind etwa 476.000 Menschen und 70 % mehr als 2012. Damals waren es nur 280.000 erwachsene Menschen, die in den letzten zwölf Monaten Cannabis konsumiert haben, und circa 130.000, die es in den letzten 30 Tagen konsumiert haben. Beide Zahlen stammen aus unseren Anfragen an die Bayerische Staatsregierung. Die Zahlen sind durchgehend gestiegen. Die bayerische

Repressionspolitik hat nichts, aber auch gar nichts bewirkt und verfehlt das von ihr verfolgte Ziel, den Cannabiskonsum zu reduzieren, jedes Jahr in höherem Maße.

Fast eine halbe Million Menschen in Bayern ist deswegen aktuell potenziell gefährdet, kriminalisiert zu werden. Statistisch gesehen sind garantiert auch AfDler und CSUler darunter. Vor allem wenn man bedenkt, dass wesentlich mehr Männer als Frauen konsumieren, ist die Wahrscheinlichkeit in Ihren beiden Parteien relativ hoch.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Wo sitzen sie denn? Finger hoch! – Ich vergaß: Der Cannabiskonsum nimmt mit steigendem Alter ab. Dann haben Sie als eher männliche Fraktion mit hohem Altersdurchschnitt vielleicht doch nicht so viele hier sitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist primitiv!)

Jedenfalls ist ein Cannabiskontrollgesetz der bessere Weg zu mehr Gesundheit und zu mehr Jugendschutz. Ich hoffe, Sie haben angesichts der Zahlen, die ich Ihnen genannt habe, nachvollziehen können, dass es absolut keinen Sinn hat, Ihren Antrag zu unterstützen. – Wir lehnen ihn ab und positionieren uns für ein besseres Cannabiskontrollgesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf bitten, auch bei den nun folgenden Rednern die notwendige Ruhe walten zu lassen. Das ist wahnsinnig schwierig und auch unfair gegenüber den Rednerinnen und Rednern, wenn sie hier am Pult permanent mit einer sehr hohen Geräuschkulisse zu kämpfen haben. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Susann Enders, FREIE WÄHLER-Fraktion.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Entschuldigung, ich muss noch einmal unterbrechen. – Darf ich die Kollegen von der FREIE-WÄHLER-Fraktion, aus meiner Sicht hinten etwas links, bitten, ihr Gerede entweder einzustellen oder rauszugehen?

(Zurufe)

– Genau das. Immer auf die anderen deuten, die schuld sind. Das kennen wir schon.

(Allgemeine Heiterkeit – Alexander König (CSU): Leute, jetzt macht doch mal fertig!)

Frau Enders, ich darf Ihnen jetzt das Wort erteilen. Ich glaube, es hat jetzt jeder verstanden.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Mei, immer die FREIEN WÄHLER. Wenn es was Gutes gibt, sind wir ganz vorn dran. Also, lassen wir es jetzt.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vorab möchte ich ganz klar feststellen, dass sich Bayern – und das aus guten Gründen – gegen die Legalisierung von Cannabis entschieden hat. Wie es vorhin auch mein CSU-Kollege sagte: Das gab es noch nie, dass sich in der Öffentlichkeit so deutlich zu einem Thema positioniert wurde. Auch wir FREIE WÄHLER haben uns gegen die Legalisierung von Cannabis positioniert. Das ist bekannt. Der Freistaat wird sich daher auf Bundesebene ganz massiv dafür einsetzen und alles in seinen Möglichkeiten Stehende tun, um dieses geplante Gesetz zu verhindern.

Meine Damen und Herren, zum Antrag der AfD kann ich nur feststellen, dass – insbesondere auch zum Schutz von Kindern und Jugendlichen – vor dem Hintergrund des geplanten Gesetzesvorhabens zur Cannabislegalisierung derzeit auf Basis des Ministerratsbeschlusses vom 13.09.2022 in einer gemeinsamen Initiative von Kultus- und

Gesundheitsministerium bereits Maßnahmen an Schulen erarbeitet werden. Ziel ist es, der Verharmlosung von Cannabis entgegenzuwirken – einer Verharmlosung, die ich auch hier aus so manchem Redebeitrag herausgehört habe. Nur weil es viele tun, muss es noch lang nicht gut sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Diese bewusste Risikowahrnehmung müssen wir gerade auch bei den Jugendlichen, bei den Schülerinnen und Schülern und auch bei so manchem, der das 18. Lebensjahr schon überschritten hat, stärken.

Mit dem Projekt soll zudem ein tragfähiges Präventionsnetzwerk gegen Cannabis in ganz Bayern aufgebaut werden. Das bayerische Suchthilfesystem ist flächendeckend und breit aufgestellt und auch bedarfsgerecht aktiv. Insbesondere bestehen vielfältige, etablierte Präventions- und Hilfsangebote, die sich spezifisch an Kinder und Jugendliche sowie auch an Angehörige richten. Wir wollen suchtpreventive Angebote, die sich ganz speziell an Kinder und Jugendliche richten, in Schulen und auch in der Suchthilfe weiterhin auf ganz hohem Niveau halten, sichern und ausbauen.

Was im Antrag den Passus "Konsum in privaten Räumlichkeiten" angeht, können wir die Frage, ob und wie im Rahmen der geplanten Legalisierung vorhandene Regelungen angepasst werden müssen, beantworten, sobald diese Regelungen vorliegen. Aber heute im Voraus auf Vorrat ohne konkreten Bezug eine Planung vorzunehmen, das ist nicht zielführend und ziemlich dumm, weil es nichts bringt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daher lehnen wir diesen Antrag der AfD ab.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Enders, wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Hagen vorliegen. Bitte schön, Herr Hagen.

Martin Hagen (FDP): 2021, also letztes Jahr, nämlich zur Bundestagswahl, haben die FREIEN WÄHLER auf eine Anfrage des Deutschen Hanfverbandes, wie sie zur Cannabispolitik stehen, geantwortet: Repression und Kriminalisierung von Drogenabhängigen hätten in der Vergangenheit nach ihrer Einschätzung nur sehr wenig zur Eindämmung von Drogenkonsum beigetragen. Sie führten im Gegenteil dazu, dass diese Menschen für eine Beratung und Behandlung schwieriger zugänglich seien.

Sie haben sich auch offen für Modellversuche zur legalen Abnahme von Cannabis gezeigt. Hat sich an der Haltung von 2021 etwas geändert, oder gibt es einen Dissens zwischen der Haltung der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER und dem Bundesverband der FREIEN WÄHLER?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Geschätzter Herr Kollege Hagen, wenn wir eine Partei wären, in der alle unsere Mitglieder genau die gleiche Meinung haben oder die gleiche Meinung haben müssen, wie das anderswo ist: Nein, danke, das wären nicht die FREIEN WÄHLER.

Ich kann aus gesundheitspolitischer Sicht ganz locker sagen: Wenn Sie Alkohol zu sich nehmen, dann wissen Sie irgendwann, oh, es wird zu viel, es kann gefährlich werden. Aber es ist bewiesen, dass bereits beim allerersten Konsum von Cannabis eine Psychose auftreten kann, die die Menschen in schwerste psychische Schwierigkeiten bringt. Das heißt, unsere Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER vertritt hier ganz eindeutig die Meinung, die ich eben kundgetan habe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Enders. – Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Margit Wild, SPD-Fraktion.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe dem Antrag die Aufmerksamkeit, die er verdient, nämlich eine ganz geringe Aufmerksamkeit, und mache daher auch eine ganz kurze Ausführung. Es handelt sich

dabei um einen Schaufensterantrag. Die Phrasen, die Sie dreschen, und die Ängste, die Sie schüren, können meine Fraktion und ich in keiner Weise nachvollziehen.

(Zuruf von der AfD)

Sie schüren Ängste. Das machen Populisten. Das ist bekannt und nicht neu. Sie wissen überhaupt noch nicht, wie der Gesetzentwurf aussieht. Wenn er uns vorliegt, können wir ernsthaft und sachlich darüber sprechen. Aber so, wie Sie das immer tun, ist, ehrlich gesagt, eigentlich alles gesprochen. Ich habe Sie, Kollegen von der rechten Seite, von mir aus gesehen, beobachtet – das konnte ich machen – und festgestellt: Sie haben gar nicht zugehört. Sie haben nicht einmal zugehört. Warum soll man dann lange Ausführungen machen?

Ich zitiere hier den Drogenbeauftragten der Bundesregierung, der klipp und klar sagt: Die Bundesregierung will einen Neuanfang, und zwar weg von der Strafverfolgung und Kriminalisierung hin zu mehr Prävention und zum Jugend- und Gesundheitsschutz. Damit ist vonseiten der SPD-Fraktion zu diesem Schaufensterantrag alles, aber wirklich auch alles gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Wild. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Dr. Dominik Spitzer, FDP-Fraktion, auf.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich könnte mich jetzt der Kollegin Wild einfach anschließen und sagen: Man braucht es eigentlich nicht groß auszuführen. Aber ich sehe das etwas anders; denn die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER haben etwas Aufklärungsbedarf. Das möchte ich Ihnen jetzt präsentieren.

Zuerst zu Herrn Graupner. Herr Graupner, wenn man sich die Daten der Studie der Jahre 2018 bis 2021 genau anschaut, stellt man fest: Nach der Legalisierung in Kanada ist die Anzahl der Verkehrstoten unter Drogeneinfluss von elf in 2017 auf drei im

Jahr 2020 gesunken. Die Anzahl der Unfälle mit Verletzungsfolgen ist etwa gleich geblieben, nämlich tatsächlich von 34 auf 38 leicht gestiegen. Aber sieht man sich das Verantwortungsbewusstsein in der Bevölkerung an, stellt man fest, dass die Anzahl der Fahrten unter Drogeneinfluss von 39 % auf 18,2 % gesunken ist. Das heißt, in Kanada bricht der Schwarzmarkt ein. Das ist ein weiterer Fakt dieser Studie. Es ist also nicht so, dass aufgrund der geplanten Regelung ein Schwarzmarkt weiter prosperiert, sondern er nimmt kontinuierlich ab, und zwar auf nunmehr knapp 7 %.

Ein weiterer Punkt ist, dass, sieht man sich die genaueren Zahlen an, die Konsumfreudigkeit – man höre und staune – vor allem bei den 16- bis 19-Jährigen deutlich abnimmt.

(Beifall bei der FDP)

Das bedeutet, dass in Kanada der Cannabiskonsum seit der Legalisierung zurückgegangen ist, obwohl die Preise auf dem legalen Markt höher sind. Das ist auf der einen Seite bezeichnend. Auf der anderen Seite haben wir einen stabilen Trend weg vom Schwarzmarkt.

Kanada hat durch die Legalisierung in puncto Jugendschutz nachweislich Fortschritte gemacht. Das ist ein weiteres erstaunliches Ergebnis dieser Studie. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass die Jugendlichen deutlich weniger konsumieren. Das hatte ich bereits gesagt.

Überträgt man dieses System auf Deutschland – denn Deutschland hat ein ähnliches Konzept wie Kanada –, würde neben einer regelmäßigen Kontrolle in den Geschäften natürlich auch dahin gehend kontrolliert, dass keine Abgabe an Jugendliche unter 18 Jahren erfolgt. Ferner hätten wir weder weitere potenzielle Kontakte mit dem kriminellen Milieu noch darüber hinausgehende Kontakte zu anderen Drogen. Wir hätten – das erwarte ich – ein Werbeverbot. Wir hätten entsprechende Warnhinweise. Wir hätten eine verstärkte Prävention und Aufklärung in den Schulen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Thema Psychosen, die nicht häufiger auftreten als bei Jugendlichen, die gleichzeitig Alkohol konsumieren. Auch das muss man bitte beachten.

Wir hätten vor allem Produktinformationen. Bei Medikamenten könnte man dies Beipackzettel nennen. Wir hätten eine sichere Lieferkette. Wir hätten keine Zusatzsubstanzen. Wir hätten keine verunreinigenden Giftstoffe oder Ähnliches wie Schimmel und Fungizide, sondern wir hätten eine reine, kontrollierte Abgabe. Das heißt für mich: Bitte dieses Thema sachlich und wissenschaftlich behandeln, aber nicht so, wie es die AfD-Partei gemacht hat, nämlich mit Populismus.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. Wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Seidenath vorliegen. Herr Seidenath, bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Spitzer, lieber Dominik, erste Frage: Du bist Arzt. Kannst du als Arzt den Konsum von Cannabis zu Rauschzwecken gutheißen? Zweite Frage: Die Argumentation klang fast so, als müssten wir den Ladendiebstahl legalisieren, damit er zurückgeht. Heißt das: Wenn ich den Ladendiebstahl legalisiere, wird er zurückgehen? So habe ich die Argumentation gerade verstanden.

(Zuruf von der SPD: So ein Schmarrn!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Auf den zweiten Teil gehe ich jetzt nicht ein, weil ich ihn nicht wirklich verstanden habe. Aber das können wir gerne klären. Ich habe die einen oder anderen Punkte aus der Studie aufgezählt. Wir werden nach der Legalisierung von Cannabis eine Evaluation der Bundesregierung haben. Das ist für mich ein wichtiger Punkt. Die Studieninhalte sind durchweg positiv. Daher verstehe ich nicht, wie man

sich dem so verschließen kann. Wir beide können uns gerne auf den Weg machen, um diese Studie gemeinsam durchzugehen. Dann können wir vielleicht Schlüsse daraus ziehen, die uns beide bezüglich einer Legalisierung von Cannabis überzeugen werden. Ich glaube, die Daten sind klar. Von daher kann man das aus meiner Sicht auch medizinisch gut vertreten.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Ich darf Sie bitten, Ihr Kästchen zur Hand zu nehmen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Ich eröffne die Abstimmung jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 18:00 bis 18:03 Uhr)

Hat jemand noch nicht abgestimmt? – Das sehe ich nicht. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis gebe ich nach Auszählung bekannt. –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Abstimmungsergebnis zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Cannabislegalisierung stoppen – Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!", Drucksache 18/23845, bekannt: Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: null. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Hiermit schließe ich die Sitzung. Bis morgen früh!

(Schluss: 18:05 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2022 zu Tagesordnungspunkt 19: Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw u. a. und Fraktion AfD; Cannabislegalisierung stoppen - Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten! (Drucksache 18/23845)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin		X		Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge		X		Flisek Christian			
Bachhuber Martin		X		Franke Anne		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Friedl Patrick			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara		X	
Bayerbach Markus	X			Füracker Albert			
Becher Johannes		X		Gehring Thomas		X	
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin				Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard	X		
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra			
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus		X		Hagen Martin		X	
Busch Michael		X		Prof. Dr. Hahn Ingo			
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Cyron Anne	X			Hartmann Ludwig		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hauber Wolfgang			
Demirel Güleren		X		Haubrich Christina		X	
Dorow Alex				Hayn Elmar		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian		X	
Eisenreich Georg		X		Hiersemann Alexandra		X	
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	13	134	0